

# Antikriegstag

Gerechtigkeit für Suruç  
Ahmed Tubail in Gaza  
Nürnberger  
Montags-Demonstranten  
Zwei unterschiedliche  
Flüchtlingscamps



## SI-NEWSLETTER

### Liebe SI-Mitglieder!

Liebe Leserinnen und Leser,

**mit großen Schritten geht es jetzt auf die 10. Bundesdelegiertenversammlung unseres Verbandes zu, die am 12. und 13. November in Kassel stattfinden wird. Wichtige Informationen zur BDV sind auf unserer Homepage aktuell unter dem Button 10. BDV zu finden.**

Die Bundesdelegiertenversammlung findet in äußerst bewegten Zeiten statt, die einen Ausbau unserer Aktivitäten und eine weitere Stärkung von SI als internationaler Solidaritäts- und Hilfsorganisation geradezu herausfordert.

Alleine seit dem Erscheinen des letzten Newsletters vor drei Monaten gab es einschneidende Ereignisse: Freilassung politischer Gefangener in den Philippinen, der Gegenputsch Erdogans in der Türkei als Schritt zur Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei, Massenproteste von bis zu 320 000 Menschen in Deutschland am 17.09.16 gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die hohen Wahlergebnisse für die faschistische AfD und das Umfragetief von Kanzlerin Merkel als Seite einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, die Flüchtlingsfrage, die benutzt wird, um eine gesellschaftliche Spaltung zu bewirken, der immer tiefere Sumpf um den Abgasskandal bei VW, Bayer kauft Monsanto, optionale Einführung des Rentenalters von 70 Jahren, jedes 5. Kind in Deutschland lebt von Hartz IV, Ankündigung und Durchführung von Massenentlassungen, das Gesundheitszentrum in Kobanê nimmt seinen Betrieb auf!



Alleine diese Schlaglichter zeigen:

Solidarität und Hilfe sind an einer großen Bandbreite herausgefordert und helfen die internationale Unterstützung, Vernetzung und organisierte Zusammenarbeit weltweit voranzubringen.

SI steht auf der Seite der gerechten Kämpfe der Menschen weltweit und stärkt sich, indem es diese Kämpfe finanziell, moralisch und durch Information unterstützt. Das wird auch auf unserer Bundesdelegiertenversammlung deutlich werden.

Wir rufen dazu auf, sich an den Protesten hier im Land zu beteiligen, besonders auch an örtlichen und regionalen Aktivitäten zum Umweltkampftag am 12. November, an der Herstdemonstration gegen die Hartz IV Gesetze, in der Unterstützung der 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz und in der Fortführung des Weltfrauenprozesses.

**Bis bald in Kassel  
Euer Redaktionsteam**

## Gegenwärtige Aktivitäten unserer kongolesischen Freunde

**Die politische Situation im Kongo spitzt sich weiter zu, denn der jetzige Präsident Kabila unternimmt alles, um länger im Amt zu bleiben als gesetzlich vorgesehen. Das wären 2 Amtsperioden, die jetzt rum sind und für spätestens Dezember stünden Wahlen an. Die große Mehrheit der Bevölkerung möchte auch Neuwahlen, weil Kabila nur sich selbst und seine Günstlinge bereichert, aber nichts für ihre schwierige soziale Lage getan hat.**



aktuell: Arbeiten zum Innenausbau von „Modul 1“

In der Millionenstadt Mbuji-Mayi, wo quasi nebenan im Dorf Tshibombo das Ngenyi-Zentrum liegt, gibt es gar keinen Strom mehr. Das heißt, Strom gibt's nur mit Dieselgeneratoren, was sehr teuer ist (1 Liter Diesel kostet 2,- €) und die Umwelt verpestet. Das ist nur ein Schlaglicht auf die Bedingungen, unter denen das Ngenyi-Zentrum weiter aufgebaut wird.

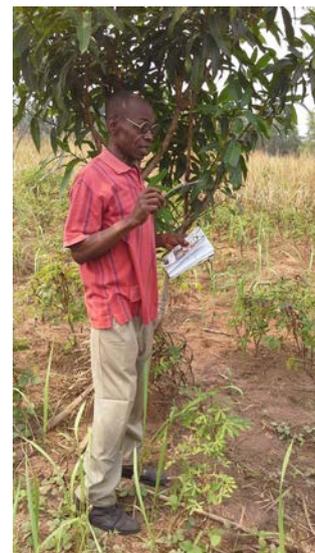
Ein Glück ist, dass es sich die Solaranlage zurück erkämpft hat.– denn die Paneelen und Batterien waren letztes Jahr gestohlen worden. Aber der kongolesische Ngenyi-Verein hat sich energisch selbst dahinter geklemmt, die Diebe und Teile des Diebesguts aufzufindig zu machen und die Anlage wieder aufzubauen und funktionsfähig zu machen.

Im Juni berichteten sie uns:

„Nachdem die Solaranlage zur Stromherstellung wieder in Betrieb ging, sind die Aktivitäten zurück gekehrt. Diesen Monat haben wir vier Versammlungen vorgesehen, davon zwei mit den Frauen. Es wurde auch die Telefon-Aufladung zur großen Freude aller wieder aufgenommen. Der neue Wachmann erhält regelmäßig seinen Lohn von 50 \$. Die Balken vom Saal wurden mit Motoröl gegen Termitenbefall geschützt, man muss es laufend wiederholen. Wir haben eine Reihe Bäumchen angepflanzt, zur Markierung der Grenze im Osten und entlang dem Mehrzwecksaal; es wurden auch



dekorative Bäume gepflanzt, etc. Wir sind auch mit dem Fußballplatz fertig geworden. Wir haben dem Zentrum einen Ball geschenkt. Die Jugend hat richtig Spaß und kommt täglich, um Fußball zu spielen. Wir hatten zwei Treffen mit den Jugendlichen: Sie waren begeistert, sie verlangen Werkzeug/ Geräte, um den Fußballplatz instand zu halten. Abends kommen sie zum Schulaufgabemachen, und ein junger Lehrer aus Tshibombo gewährleistet ihre Förderung/Ausbildung.



Baumkunde mit dem Programmverantwortlichen vom Ngenyi-Zentrum Béli. Ihm liegt eine Wiederaufforstung sehr am Herzen. Früher standen viele Bäume in der Gegend, die meisten wurden abgeholzt: für den Ausbau der Diamantenminen oder für Holzkohle zum Kochen.

Die Eltern und die Bewohner der Umgebung sehen mit Freude, wie das Ngenyi- mit Leben ausgefüllt wird.

Über die medizinische Vorsorge durch die Arbeitsgruppe Ngenyi & SIDA (Ngenyi & AIDS) berichteten wir im letzten Newsletter.

Aktuell wird das feste Gebäude (Modul 1) weiter ausgebaut: Außen- und Innenputz, fester Fußboden, Einbau von Glasfenstern usw. Alles ist hart erkämpft – aber es geht voran!

### Kronkorken-Sammlung für das Ngenyi-Zentrum im Kongo beendet

Leider müssen wir die Sammlung Ende September einstellen, denn die Erlöse, die wir derzeit damit in Deutschland erzielen können, sind dermaßen in den Keller gegangen, dass es sich nicht mehr lohnt. Schade. Aber die Sammlung hat auch dazu beigetragen, das Projekt breiter bekannt zu machen.

**Und jeder kann natürlich auch so spenden – oder Dauerspender werden!**

**VFI Kongo**

# Eine höchst bewegende und spannende Reise auf die Philippinen

Ganz überraschend kam am Ende unserer Philippinen-Reise die Nachricht, dass am Tag vor unserem Abflug eine große Pressekonferenz stattfinden würde anlässlich der Freilassung von 14 politischen Gefangenen, allesamt Berater der NDFP (Nationaldemokratische Front der Philippinen) bei den Friedensverhandlungen in Oslos vom 22. bis 27. August. Das Foto zeigt, wie viele mit der SI-Fahne fotografiert werden wollten, die wir dann einem Vertreter der Freigelassenen übergeben haben. Die Pressekonferenz wurde zu einem Fest der Solidarität.

Der über 40 jährige Bürgerkrieg ist nun mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandes vorläufig beendet worden. Die Verhandlungen wurden geführt von der CPP (Kommunistische Partei), der NDFP, der NPA (New Peoples Army) und auf der anderen Seite der philippinischen Regierung. Die nächste Verhandlungsrunde ist im Oktober.

Die Reise war von den DPF (Deutsch-Philippinische Freunde) und der Schwesterorganisation Kapatiran auf den Philippinen organisiert worden. Wir bekamen einen tiefen Einblick in das Leben der breitem Massen, viele leben in bitterster Armut, buchstäblich im Dreck. Für man-



che von uns schwer zu verkraften. Und gleichzeitig war für uns beeindruckend, wie diese Menschen sich ihre Würde, Menschlichkeit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft bewahrt haben. Das haben wir immer wieder erfahren.

Und höchst eindrucksvoll war auch, wie sich eine große Zahl von Menschen in vielen Organisationen zusammen schließt und für eine bessere Zukunft kämpft. Der Frauenverband Gabriela z.B. hat 200000 Mitglieder und hat bei den letzten Parlamentswahlen drei Sitze bekommen.

## Marikana

### Liebe Mitglieder von Marikana!

Zweieinhalb Jahre nach der Gründung von Marikana wollen wir Bilanz ziehen über den bisherigen Aufbau unserer Freundschaftsgesellschaft, uns neue Ziele setzen und gemeinsame Vorhaben beraten und festlegen. Dazu bereiten wir eine Jahresmitgliederversammlung vor, zu der wir euch herzlich einladen!

Zum Vormerken hier schon mal der Termin, demnächst erhaltet ihr den Vorschlag zur Tagesordnung und genauere Infos.

**Die Mitgliederversammlung findet statt am Samstag, 15. Oktober, 16:00 Uhr in Dortmund.**

Wir wollen es gerne nutzen, dass mehrere Mitglieder zusammenkommen und schlagen vor, am Vormittag ab 11:00 Uhr einen gemeinsamen Werbeeinsatz für Marikana zu machen.

Abends besteht noch die Möglichkeit zu gemeinsamer Kultur, wer übernachten will, kann sich melden.

**Herzliche Grüße, Euer Vorstand  
Marja, Irene, Erwin und Anke**

## Nachruf auf Uwe Ahrens

**Völlig überraschend hat uns die Nachricht vom Tod Uwes erreicht. Sie erfüllt uns mit großer Trauer und reißt eine menschliche und fachliche Lücke in unsere internationalistische Arbeit.**

Uwe war über die ganzen 20 Jahre des Bestehens von SI als engagierter Englisch-Übersetzer und Dolmetscher bei wichtigen internationalistischen Großereignissen im Einsatz.

Dabei war er immer bescheiden und stellte seine Fähigkeiten stets in den Dienst der Veranstalter.

Ihm war es eine Herzensangelegenheit, dass Ausgebeutete und Unterdrückte sich weltweit zusammenschließen und ihre Arbeit koordinieren konnten.

Uwe machte auch auf junge Menschen immer Eindruck: sein Optimismus wurde auch in einem für ihn typischen friesischen Humor deutlich.

Uwe wird uns fehlen. Doch ist sein Tod für uns auch Ansporn, viele neue junge Übersetzer für den kämpferischen Internationalismus zu finden und auszubilden, damit das, was er geleistet hat, in seinem und unserem Sinn weitergeführt wird.

**Mit herzlichen Grüßen  
Bundesvertretung SI**

# Ahmed Tubail

**92 deutsche Staatsangehörige, bzw. deren Familienangehörigen werden teilweise seit Monaten in Gaza durch die israelischen und jordanischen Behörden an der Ausreise gehindert. Darunter befindet sich auch Ahmed Tubail aus Fuldatal bei Kassel.**

Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit bitten wir Sie dringend folgenden Vorgang zu recherchieren und an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sehen nur noch in diesem Weg eine Möglichkeit, die beteiligten Behörden zu einer konkreten Hilfestellung zu bewegen für Menschen, die sich in einer absolut verzweifelten Lage befinden.

Herr A. Tubail arbeitet als Administrator am International Center for Higher Education Research an der Universität Kassel. Seit vielen Jahren lebt er mit seiner deutschen Frau und den zwei Kindern in Fuldatal bei Kassel.

Herr Tubail ist palästinensischer Herkunft. Seine Mutter und andere Familienmitglieder leben noch in Gaza. Anfang März hatte er erfahren, dass seine Mutter schwer erkrankt ist. Daraufhin beschlossen er und seine Schwester, die die kanadische Staatsangehörigkeit besitzt, trotz der bekannten Schwierigkeiten, auf die das Auswärtige Amt für Gaza verweist, in Gaza einzureisen, da die berechtigte Sorge existierte, dass die Mutter versterben könnte, ohne sie ein letztes Mal gesehen zu haben. Ohne Probleme konnten Herr Tubail und seine Schwester am 20. März über Jordanien in Gaza einreisen.

Die Schwierigkeiten ergaben sich, als er Mitte April Gaza wieder über den Grenzübergang Erez verlassen wollte, denn dafür ist eine israelische und eine jordanische Sondergenehmigung notwendig, die nicht erteilt wurden. Während seine Schwester sehr schnell mit Hilfe der kanadischen Vertretung in Ramallah Gaza verlassen konnte und wieder in Kanada lebt, sitzt Herr Tubail seit nunmehr fünfzehn Wochen in Gaza fest.

Natürlich haben sich Herr Tubail sowie auch seine Frau mehrfach Hilfe suchend an das Auswärtige Amt, an die deutsche Vertretung in Ramallah sowie auch an das Verbindungsbüro in Gaza gewandt, allerdings ohne jeden konkreten Erfolg. Mehrfach wurden Mails gar nicht beantwortet oder aber es wurde offenbar zur Entlastung der eigenen Verantwortung für die deutschen Staatsbürger in Gaza auf die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes hingewiesen. Herr Tubail wurde mehrfach getröstet, zuletzt wurde ihm mitgeteilt, dass sein Name auf einer Liste von Ausreisewilligen deutschen Staatsbürgern sei, die den israelischen Behörden übersandt wurde. Herr Tubail berichtet, dass er mehr als hundert Mal versucht habe, die deutsche Vertretung in Ramallah zu erreichen, es ihm aber insgesamt nur etwa 10 Mal gelungen sei, einen direkten Kontakt herzustellen, im Allgemeinen würde man dort mit der Zentrale konfrontiert, die verkünde, dass man den Anrufer nicht verbinden und auch keine Nachricht entgegennehmen könne. Auch die Universität Kassel, insbesondere die Lei-

tung des Instituts, an dem Herr Tubail tätig ist, hat sich mehrfach beim Auswärtigen Amt dafür eingesetzt, dass ihr Mitarbeiter Gaza verlassen kann, um seine Tätigkeit an der Universität Kassel wieder aufnehmen zu können. Ebenfalls bisher ohne Erfolg.

Eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Inge Höger vom 13. Juni 2016 an die deutsche Botschaft in Tel Aviv ergab, dass insgesamt **92 deutsche Staatsbürger palästinensischer Herkunft aktuell ein ähnliches Schicksal erleiden wie Ahmed Tubail: Sie sitzen in Gaza fest und werden von israelischen und jordanischen Behörden an der Ausreise gehindert.**

Dies geht aus der Antwort hervor, die das Auswärtige Amt Berlin am 15. Juni über Frau Martina Fixson der Bundestagsabgeordneten Frau Höger mitteilte.

Das Auswärtige Amt drückt in diesem Antwortschreiben an Frau Höger zwar ihr Verständnis aus für die Wünsche von Menschen Gaza aus familiären Gründen besuchen zu wollen, trotz der damit verbundenen, bekannten Risiken hinsichtlich der Wiederausreise, sagt aber nicht, welche konkreten Schritte die deutsche Botschaft und das deutsche Vertretungsbüro in Ramallah gegenüber den israelischen und jordanischen Behörden unternehmen, um diesen skandalösen Zustand zu beenden. Keine Antwort findet man auch auf die Frage, warum überhaupt deutsche Staatsangehörige gegen ihren Willen in Gaza quasi in „Haft“ genommen sind.

Stattdessen betont das Auswärtige Amt, dass die Bundesregierung auf diese Verhältnisse keinen Einfluss habe und dass die zuständigen deutschen Auslandsvertretungen im Gazastreifen und in den dazugehörigen Küstengewässern praktisch keine konsularische Hilfe leisten könne. Im Gegensatz dazu steht die Aussage, dass die „Kolleginnen und Kollegen in Ramallah und Gaza-Stadt immer wieder unter hohem persönlichem Einsatz Hilfe in diesen Fällen leisteten.“ Die israelischen Behörden erwarteten u.a. eine durchgehende Begleitung durch entsandtes Personal und Transport mit Dienstfahrzeugen vom Übergang Erez bis nach Jordanien.

Zum Vergleich sei erwähnt, dass seine Schwester, Staatsbürgerin Kanadas, ebenfalls wegen der erkrankten Mutter am 20. März nach Gaza gekommen ist und vor ähnlichen Problemen stand. Am 25.05. konnte sie glücklicherweise mit Unterstützung der kanadischen Vertretung nach Kanada zurückfliegen. Die Betreuung in der Zeit ihres Aufenthalts in Gaza und die Organisation ihrer Rückreise waren durch die kanadischen Stellen hervorragend organisiert. Diese standen zudem über die gesamte Dauer in transparentem und zielführendem Kontakt mit ihr.

Wie kann es sein, dass sich das Auswärtige Amt, die deutsche Botschaft und ihre Verbindungsbüros in Ramallah und Gaza-Stadt eine solch schikanöse Behandlung deutscher

Staatsbürger, die diese faktisch zu Kriminellen abstempelt, gefallen lässt? Welche Grundlagen des internationalen Rechts gibt es überhaupt für die Tatsache, dass ausländische Staatsbürger zwar einreisen, aber nicht mehr ausreisen dürfen? Wie kann es sein, dass eine Bundesregierung, die umfassende politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe für Israel leistet, eine solche Willkür und solche Schikanen einfach hinnimmt und dies damit rechtfertigt, man habe auf diese Verhältnisse keinen Einfluss? Was sind die Gründe dafür, dass die kanadische Botschaft und das kanadische Auswärtige Amt offensichtlich erheblich erfolgreicher sind als die deutschen Vertretungen? Wo bleiben die Stimmen und der Einsatz des Außenministers und der Bundesregierung? Sind deutsche Staatsbürger palästinensischer Herkunft etwa weniger wert oder will man bewusst einem politischen Konflikt mit Israel und Jordanien aus dem Wege gehen?

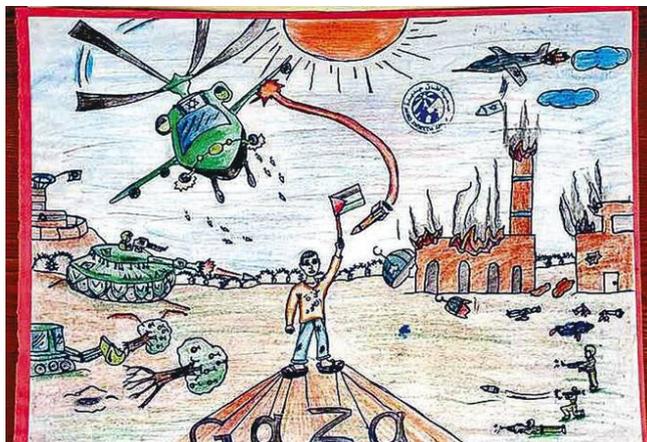
Wir fordern das Auswärtige Amt und die Bundesregierung, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Initiativen dazu auf, alles dafür zu tun, dass die deutschen Staatsbürger, darunter auch unser Freund und Mitbürger Ahmed Tubail, unverzüglich aus Gaza wieder ausreisen können.

Herr Tubail ist in Gaza erreichbar unter den Telefonnummern: 00972 599583527  
Mobil : 0176 25175175  
E-Mail : tubail@web.de  
Mit freundlichen Grüßen

**Für den Unterstützer- und Freundeskreis „Ahmed Tubail“**

Ausstellung in Heidelberg abgesagt:

## Diese Kinderbilder aus Palästina dürfen nicht gezeigt werden



Die Rhein Neckar-Zeitung schreibt in ihrer Ausgabe vom 11.8.16

**„Sie zeichneten Bilder von Bomben, von Soldaten mit Maschinengewehren, von brennenden Städten und von Kampfflugzeugen: Es sind Szenen, die für Kinder im Gazastreifen und in der Stadt Ramallah im Westjordanland in den Palästinensischen Autonomiegebieten ganz offensichtlich Alltag sind. Denn dort sind diese Bilder entstanden. Gestern sollte die Ausstellung „Erlebtes, Ängste und Träume - Kinder in Palästina“ mit Zeichnungen aus zwei Trauma-Rehabilitationszentren im Gazastreifen und in Ramallah im Bürgeramt-Mitte eröffnet werden. Doch kurzfristig entschied die Stadt, „dass die Ausstellung nicht in einer städtischen Einrichtung gezeigt werden darf“, wie ein Stadtsprecher gestern auf RNZ-Anfrage erklärte.**

Ein Schlag ins Gesicht war das vor allem für den Organisator der Ausstellung: die Palästina-/Nahost-Initiative Heidelberg. „Wir sind empört über dieses

Vorgehen“, erklärte Agnes Bennhold von der Initiative gegenüber der RNZ. Zumal die Verantwortlichen der Stadt nicht einmal eine Begründung für die kurzfristige Absage vorgelegt hätten. „Einer unserer Mitglieder hat die Tafeln im Bürgeramt-Mitte am 5. August aufgehängt und wollte am vergangenen Montag noch einmal nach dem Rechten sehen. Doch da war bereits alles abgehängt“, so Bennhold. Das war auch der Zeitpunkt, an dem die Initiative überhaupt erst erfahren hat, dass die Ausstellung nicht im Bürgeramt stattfinden wird. Eine schriftliche Benachrichtigung von der Stadt habe es nicht gegeben, berichtet Bennhold außerdem. Und das, obwohl die Stadt mit der Initiative einen Vertrag abgeschlossen habe - „der wurde jetzt gebrochen“, sagt die Mitorganisatorin. Ein entsprechendes Schreiben eines Anwalts würde der Stadt in den nächsten Tagen zugehen - mit der Aufforderung, das Verbot zurückzunehmen. Sollte dem nicht nach-

gekommen werden, müsse die Stadt für die Unkosten aufkommen, die der Initiative entstanden sind: etwa für den Transport der insgesamt 22 Ausstellungstafeln. Denn die wurden aus München angekarrt, wo die Ausstellung laut Bennhold bereits drei Mal erfolgreich gezeigt wurde - wie auch in vielen anderen deutschen Städten, etwa in Bonn oder in Stuttgart.

Die Begründung für das harsche Vorgehen gab die Stadt auf RNZ-Nachfrage: „In der Ausstellung waren Aussagen zum Nahost-Konflikt enthalten, denen sich die Stadt nicht anschließen kann. Da die Stadt zur Neutralität verpflichtet ist, war die Durchführung einer Ausstellung mit derart hochpolitischen Inhalten in städtischen Räumlichkeiten nicht möglich.“

Im Ausstellungsvertrag sei zudem geregelt, dass die Stadt das Recht habe, die Ausstellung gegebenenfalls auch kurzfristig zu untersagen, „wenn sie den Eindruck gewinnen muss, dass die Ausstellungspräsentation formal nicht dem besonderen Verwaltungsambiente entspricht“, heißt es in der Stellungnahme. Das sei hier der Fall gewesen.“

Auf der 10. Bundesdelegiertenversammlung werden zwei Vertreter aus Palästina anwesend sein und im Anschluss daran auch Veranstaltungen in verschiedenen Städten durchführen. Bei Interesse für eine Veranstaltung bitte melden bei: larryzweig@yahoo.com

# Resolution des Bündnistreffens internationalistischer, klassenkämpferischer, antifaschistischer und revolutionärer Organisationen und Einzelpersonen am 23. Juli 2016

Kampf der weiteren Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei  
Für Freiheit und Demokratie!

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Erdogan-Regime – sofort!

**Das Erdogan-Regime in der Türkei nutzt den Putschversuch vom 15. Juli aus. Wir lehnen die Putschisten genau so ab, wie das Erdogan-Regime. Der Ausnahmezustand bedeutet einen qualitativen Sprung im Prozess der Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei.**

Am 20. Juli erhielt Erdogan diktatorische Vollmachten, rief den Ausnahmezustand aus und regiert nun mit einem „Sicherheitsrat“. 55.000 Menschen wurden bereits aus dem Militär-, Staats- und Bildungsapparat nach lange vorbereiteten Listen entfernt, 9.000 Beamte wurden verhaftet. Gleichschaltung der Medien, Säuberung des Staatsapparats, Beseitigung demokratischer Rechte und Freiheiten, Verhaftungen ohne Gerichtsbeschluss, brutale Unterdrückung der Arbeiter- und Volksbewegung und des kurdischen Befreiungskampfes.

**Faschistische Massenaufmärsche** eines aufgehetzten Mobs aus AKP, MHP und ISFaschisten terrorisieren die Bevölkerung. Mehrere von der Polizei geschützten Versuche, in Stadtteile einzudringen, die als Hochburgen der Arbeiter- und Volksbewegung gelten, wurden bereits zurückgeschlagen. Hände weg von den Gewerkschaften in der Türkei! Hände weg von der HDP, der große Verhaftungen drohen!

**Zügellose Reaktion nach innen – verschärfte Aggression nach außen:** das ist der Kurs des Erdogan-Regimes, um die Profit- und Machtinteressen der in der Türkei herrschenden Monopole abzusichern.

In dieser Situation stehen wir an der Seite der Revolutionäre, der Arbeiter, der kämpferischen Frauenbewegung, der Umweltbewegung und aller Demokraten in der Türkei. **Wir sind solidarisch mit ihrem Kampf gegen die faschistische Diktatur, für Freiheit und Demokratie, dem Kampf um soziale Befreiung, für den Sozialismus, die Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung!**

Wir **protestieren** entschieden **gegen die Bundesregierung**, die weiter mit dem Erdogan-Regime zusammenarbeitet. Die Merkel/Steinmeiner-Regierung will die Türkei auch als Partner für den reaktionären Flüchtlingsdeal nicht gefährden. In Deutschland stehen über 30 Revolutionäre aus der Türkei wegen der Unterstützung des Befreiungskampfes in der Türkei und in Kurdistan vor Gericht. Die Bundesregierung, EU und NATO sind als enge Bündnispartner mitverantwortlich für Erdogans Staatsterror.

Wir fordern:

Sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Türkei. Rückzug der deutschen Truppen aus der Türkei! Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei! Streichung der EU-Finanzhilfen an die türkische Regierung! Aufkündigung des reaktionären Flüchtlingsdeals mit dem Erdogan-Regime!

Freiheit für die politischen Gefangen aus der Türkei und Kurdistan in Deutschland! Weg mit den Paragraphen 129 a/b!

In Deutschland werden wir niemals Nationalisten oder Faschisten egal welcher Nationalität die Straße überlassen. Wir rufen auf zu breiten Aktionseinheiten für kämpferische Protest und Solidaritätsdemonstrationen! Kämpft um die Arbeitereinheit zwischen türkischen, kurdischen und deutschen Kollegen in den Betrieben!

Wir rufen am Sonntag, 31. Juli in Köln zur Gegendemonstration gegen den AKPAufmarsch auf und fördern weitere bundesweite Aktivitäten an diesem Wochenende.

Wir kämpfen entschieden gegen jede Art von Faschismus, sei es der deutsche Neofaschismus, türkische Faschisten oder den islamistisch verbrämte Faschismus des IS!

**Hoch die internationale Solidarität!**

Volle Unterstützung für den Kampf um Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

# Gerechtigkeit für Suruç, Gerechtigkeit für alle!



## Organisationen:

**AGIF** - Föderation der  
ArbeitsmigrantInnen in  
Deutschland  
**ATIF** – Föderation der  
ArbeiterInnen aus der  
Türkei in Deutschland  
**Jugendverband REBELL**  
**Linkes Forum**  
**Radevormwald**  
**Marxistisch-Leninistische**  
**Partei Deutschlands**  
**(MLPD)**  
**Mediengruppe Neuer Weg**  
**PYD Rojava**  
**Solidaritätskomitee**  
**Kobanê** aus Berlin und  
Stuttgart und Umgebung  
**Volksfront zur Befreiung**  
**Palästinas (PFLP)**

## Einzelpersonen:

**Sonja Borgwardt**  
Weltfrauen  
**Frank Jasenski**  
Rechtsanwalt  
**Erich Klein**  
Mitglied in der  
Umweltgewerkschaft  
**Ismet Polat**  
Duisburg  
**Renate Radmacher**  
Mitglied im  
Bundesvorstand von  
Solidarität International  
**Mehdi Rezai**  
Köln  
**Fritz Ullmann**  
stellvertretender  
Vorsitzender Linkes Forum  
Radevormwald  
**Anne Wilhelm**  
Mitglied Kämpferischen  
Frauenrat  
**Ulrich Achenbach**  
Bochumer Montagsdemo  
**Ulja Serway**  
Mitglieder der  
Koordinierungsgruppe  
der Bundesweiten  
Montagsdemo  
**Mehmet Yakin**  
Duisburg

Weitere Unterzeichner  
können sich unter [info@mlpd.de](mailto:info@mlpd.de) melden.

**Am 20. Juli 2015, dem Jahrestag der Rojava Revolution, haben sich die SGDFler unter dem Motto „Wir haben Kobanê gemeinsam verteidigt, wir werden es gemeinsam wieder aufbauen“ in Suruç in der Türkei getroffen. Der IS hat während der Presseerklärung im Amara Kulturzentrum in Suruç in Zusammenarbeit mit der AKP ein großes Massaker verübt. 33 Revolutionäre kamen ums Leben, über 100 Menschen wurden verletzt.**

Das Suruç Massaker war der Beginn einer Serie von Massakern, die sich anschließend in der Türkei ereigneten. In Ankara, Istanbul, Cizre, Sur, Silopi, Gever, Roboski und zahlreichen weiteren Orten wurden Massaker verübt. Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, Menschen in Kellern verbrannt. Der Bevölkerung wurde das Recht auf Leben genommen. Der türkische Staat versucht, die Geschehnisse zu vertuschen, indem, wie auch bei dem Suruç Verfahren, die Akten unter Verschluss gehalten werden und so alle Informationen der Geheimhaltung unterliegen.

Die Erdogan-AKP-Regierung führte einen Putsch im Parlament durch, jegliche Entscheidungsmacht wurde Erdogan übertragen. Die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten in der Türkei wurden faktisch außer Kraft gesetzt. Regierungskritische Akademiker wurden von den Universitäten verjagt, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Anwälte, die die Verteidigung Oppositioneller übernehmen, werden verfolgt, verhaftet und eingesperrt. Journalisten und Schriftsteller werden eingesperrt. Es gibt Polizeirazzien in den Wohnungen

und Orten politischer Aktivitäten von Revolutionären, die aufgrund ihrer oppositionellen Einstellung ins Gefängnis geworfen oder außergerichtlich hingerichtet werden.

Die Immunität der Abgeordneten der HDP, denen es aller Hindernisse zum Trotz gelungen war, in das Parlament einzuziehen, wurde aufgehoben und sie sind nun der Gefahr von Festnahmen ausgesetzt. Konzepte mit dem Ziel der Zerstörung der Bevölkerungsstruktur des alevitischen Volkes treiben die Aleviten in die Emigration. Der Kampf der Arbeiter für ihre Rechte, die demokratischen Forderungen der Jugend, die Freiheitsforderungen der Frauen, all das wird mit Gewalt beantwortet. Mit faschistischem Staatsterror wird versucht, die Gesellschaft in Schach zu halten.

Die Abkommen, die mit den Staaten der EU zur Frage der Flüchtlinge getroffen wurden, sind

nicht nur keine Lösung für die Flüchtlingsfrage sondern sind gleichzeitig Ausdruck davon, dass die vom türkischen Staat verübten Massaker und Menschenrechtsverletzungen von der EU akzeptiert werden und diese sich mitschuldig macht. Infolge der schmutzigen Verhandlungen und dem von eigenen Interessen geleiteten Verhältnis werden in Deutschland Revolutionäre ins Gefängnis geworfen, die seit Jahren hier leben.

Wir unterstützen die Kampagne „Gerechtigkeit für Suruç, Gerechtigkeit für alle“ die anlässlich des Jahrestages vom Suruç Massaker in der Türkei und in Kurdistan geführt wird. Wir fordern Rechenschaft für die Massaker in Suruç, Ankara, Istanbul, Roboski, Amed, Maras, Çorum, Sivas, Sur, Cizre, Silopi, Nusaybin, Sirnak, Gever und alle weiteren Massaker!

Wir fordern die Aufhebung der Geheimhaltung der Akten aller Massaker und Verurteilung aller Verantwortlichen für die Massaker!

Wir fordern den Abbruch der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zur Türkei!

**Young Struggle** – [info@young-struggle.org](mailto:info@young-struggle.org)

**SKB - Bund Sozialistischer Frauen:**

[skb-aveg@hotmail.com](mailto:skb-aveg@hotmail.com)

**AvEG-Kon -**

**Konföderation der Unterdrückten Migranten in Europa**

[www.avegkon.org](http://www.avegkon.org), E-Mail: [aveg-kon@hotmail.com](mailto:aveg-kon@hotmail.com)

# Initiative ökologischer Wiederaufbau von Kobanê/Rojava (Syrien) Protest gegen die Invasion Rojavas/Nordsyriens durch den NATO - Partner Türkei

Sofortige Einstellung der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Erdogan - Regierung



**Am 24. August 2016 begann der NATO-Partner Türkei mit Zustimmung der USA die völkerrechtswidrige Invasion Rojavas/Nordsyriens. Die Stadt Dscharabulus, die bis zu diesem Zeitpunkt vom sogenannten Islamischen Staat (IS) kontrolliert**

**wurde, wurde kampfflos Ankara überlassen. Unter dem Decknamen „Schutzschild Euphrat“ wurden die in der Türkei ausgebildeten Terroristen der „Freien Syrischen Armee (FSA)“ nach Dscharabulus geschickt. Diese bestehen vornehmlich aus islamistischen Verbänden, wie Faylaq Al-Sham und Harakat Nour al-Din al-Zenki.**

Anders wie in den hiesigen Medien berichtet, richtet sich der Militärschlag nicht gegen den IS, der weitgehend ungeschoren aus Dscharabulus abziehen konnte. Vielmehr richtet er sich gegen die „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) und dabei insbesondere gegen die kurdischen Befreiungskräfte (YPG/YPJ = Volksverteidigungseinheit) im Norden Syriens in Rojava. Daraus machte der türkische Verteidigungs- bzw. Kriegsminister, Fikri Isik, keinen Hehl: „Dscharabulus stellt im Traum der PYD, ihre östlichen und westlichen Kantone miteinander zu verbinden, einen wichtigen Punkt dar. Das sich dieser Traum nicht erfüllt, ist für die Türkei von oberster politischer und strategischer Priorität. Und damit dieser verhindert wird, ist Dscharabulus so wichtig für uns“, so der Kriegsminister.

Der türkische Staatschef Erdogan und der US-Vizepräsident Biden forderten gleichzeitig die kurdische YPG/YPJ dazu auf, sich „hinter den Euphrat“ nach Osten zurückzuziehen, nachdem die YPG/YPJ mit ihrem Bündnis „Demokratischen Kräfte Syriens (SDF)“ die Stadt Minbic nach 73 Tagen Häuserkampf vom IS befreit hat, dies auch mit massiver amerikanischer Luftunterstützung. Nun stellt sich die USA hinter die völkerrechtswidrigen Aggressionen der Türkei, was völlig inakzeptabel ist.

Der oberste Kommandant der YPG/YPJ, Redur Xelil, erklärte zum völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei deswegen auch berechtigt: „Der Einmarsch der Türkei in Dscharabulus ist ein feindlicher Akt. Das eigentliche

Ziel ist nicht der IS sondern die Kurden. Unsere Soldaten, als Teil der SDF, sind in Minbic auf ihrem eigenen Boden und weder die Türkei noch andere ausländische Kräfte können Forderungen an uns stellen. Deshalb kann die Türkei auch nicht darüber entscheiden, wie wir uns auf unserem eigenen Land bewegen. Unsere Kräfte werden dort bleiben wo sie sind, wir werden uns nicht zurückziehen. Niemand hat das Recht von der YPG zu verlangen ihre Linie aufzugeben“.

Seit Monaten verhindert die türkische Regierung völkerrechtswidrig einen humanitären Korridor, der für humanitäre Hilfe für Nordsyrien dringend gebraucht wird. Auch die Pläne unserer Initiative, ein Gesundheitszentrum in Kobanê, welches letztes Jahr von ICOR Brigaden gebaut wurde, mit erneuerbaren Energien zu versorgen, scheiterten bisher an der Blockade der türkischen Regierung. Mit der Errichtung einer faschistischen Diktatur im Inneren und dem Einmarsch in Syrien, ist die Türkei endgültig zur Gefahr für Frieden und Stabilität im Nahen Osten geworden. Schon kurz nach dem Einmarsch sind von der türkischen Armee 40 Zivilisten getötet worden. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung des IS geht es der Türkei nur darum, die demokratische Revolution in Rojava zu stoppen. Nachdem der IS seine Funktion als Kriegspartei und enger Bündnispartner der Erdogan Regierung gegen die SDF verloren hat, greift nun die Türkei selber in den Krieg ein, um die machtpolitischen Interessen ihrer herrschenden Clique durchzusetzen.

**Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich gegen diese kriegerische Politik der Türkei zu stellen. Gleichzeitig fordern wir einen deutschen Waffenstopp an die Türkei, da diese deutschen Waffen fast ausschließlich gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden. Die Bundeswehrsoldaten sollten so schnell wie möglich aus der Türkei abgezogen werden. Beendigung des reaktionären Flüchtlingspaktes mit Erdogan. Vollständiges Asylrecht für Flüchtlinge auf antifaschistischer Grundlage.**

Rückfragen bitte an: [eco-health-center@posteo.de](mailto:eco-health-center@posteo.de)

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr. Christian Jooß, Göttingen  
Rückfragen unter Tel. 0174/ 3884485

# Dringender Hilferuf aus Kobanê/Nordsyrien: »Wir brauchen lebensrettende Medikamente!«

»Medizin für Rojava« ruft auf: 60.000 Euro Spendensammlung für Medikamente



**In den vergangenen Tagen erhielten wir aus Kobanê einen dringenden Hilferuf. Täglich sterben dort Menschen, nur weil es an lebensrettenden Basismedikamenten fehlt.**

Mit Begeisterung hat die Bevölkerung in Rojava/Nordsyrien die Befreiung Manjibs vom IS aufgenommen. Aber der Kampf kostete viele Tote und noch mehr Verwundete.

Die Lage außerhalb von Rojava in Syrien ist dramatisch. Der Krieg in Syrien wird mit dem Eingreifen verschiedener imperialistischer Mächte immer brutaler. Viele Flüchtlinge suchen Zuflucht in Kobanê. Der Kanton Kobanê rechnet mit einem schnellen Anwachsen von 130.000 Menschen auf 600.000 Menschen.

Da sind 60.000 Euro für Medikamente nicht viel. »Medizin für Rojava« ist der Überzeugung, dass wir in dieser Situation helfen müssen.



Für eine lebenswerte Zukunft in Rojava

Gleichwohl wird die Fertigstellung des Gesundheitszentrums in Kobanê zu Ende geführt. Es bleibt unser wichtigstes Projekt. Unsere Rücklagen (17.000 Euro) werden für die weitere Ausstattung des Gesundheitszentrums gebraucht, für Inkubatoren und Instrumente für die Gynäkologie und Geburtshilfe usw.

Die sofortige Beschaffung der Medikamente sehen wir als unsere humanitäre Pflicht! »Medizin für Rojava« ruft hiermit zu einer Spendensammlung in Höhe von 60.000 Euro für Medikamente auf. Diese Medikamente retten Leben.

## Wofür steht »Medizin für Rojava«?

»Medizin für Rojava« wurde 2015 als Arbeitsgruppe in der gemeinnützigen internationalen Hilfsorganisation »Solidarität International e.V.« gegründet. Unser Ziel ist es, das von ICOR-Baubrigaden errichtete Gesundheitszentrum in Kobanê medizinisch vollständig auszurüsten, mit dem Aufbau der Gesundheitsversorgung das demokratische Rojava/Nordsyrien zu fördern und somit Fluchtursachen zu bekämpfen. Dank der überwältigenden Unterstützung durch Hunderte Ärzte, Beschäftigte des Gesundheitswesens, Studenten und weiterer engagierter Bürger ist die Einrichtung schon weitgehend komplett. Informationen und Grundsätze finden Sie auf unserer Homepage:

[www.medizin-für-rojava.org](http://www.medizin-für-rojava.org)



Viele Spenden konnten bereits nach Kobanê gebracht werden.

## So können Sie spenden:

### Spendenkonto:

Solidarität International e.V.  
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84  
Frankfurter Volksbank  
Stichwort »Medizin für Rojava«

### Oder spenden Sie online auf:

<https://www.betterplace.org/p35750>

Seit den 20 Jahren des Bestehens von »Solidarität International e.V.« ist sein Markenzeichen, dass jeder Cent Spende garantiert und ohne Abzüge dorthin gelangt, wofür er gespendet wurde. Bei Adressangabe erhalten Spender eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt zugeschickt.

V.i.S.d.P und Kontakt: Dr. Willi Mast, Schulz-Briesen Str. 3, 45884 Gelsenkirchen  
Tel.: 0209-139848, Email: [willi-mast@arcor.de](mailto:willi-mast@arcor.de)

Köln:

# 400 Teilnehmer bei Bündnis-Demonstration für Freiheit und Demokratie in der Türkei

**Über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern demonstrierten heute in Köln. Ein Bündnis revolutionärer, internationalistischer, antifaschistischer und klassenkämpferischer Kräfte hatte dazu aufgerufen.**

Ihr Motto war „**Gegen Militärputsch und weitere Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei – Für Freiheit und Demokratie!**“

Angesichts des morgigen AKP-Aufmarschs, aber auch geplanter Aktionen von Pro NRW heißt es im Aufruf zu der Demonstration: „*In Deutschland werden wir niemals Nationalisten oder Faschisten – egal welcher Nationalität – die Straße überlassen.*“

Die Demonstranten kritisieren auch die Bundesregierung und forderten „Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Erdogan-Regime – sofort!“ Alle einte der Wunsch, sich nicht in unterschiedliche Nationalitäten spalten zu lassen, sondern gemeinsam sowohl gegen den Militärputsch wie Erdogans faschistische Maßnahmen zu demonstrieren.

An der Demonstration nahmen unter anderem teil: Delegationen der türkischen Migrantenorganisationen ATIF, Partizan und TKIB, Komala KP Iran, der KP Chiles und der PFLP. Außerdem MLPD, Jugendverband REBELL, Linkes Forum Radevormwald und Solidaritätskomitees mit Kobanê /Kurdistan aus Norddeutschland, Berlin und Stuttgart, die Bonner Jugendbewegung sowie Gewerkschafter/innen der IG Metall u.a. von Ford Köln und von ver.di, Frauen des Frauenverband Courage und Mitglieder von Solidarität International. Und Kölnerinnen und Kölner, die sich zum Teil spontan anschlossen. Eine Vertreterin des kurdischen Dachverband Nav-Dem ließ Grüße überbringen.

Die bunte, kämpferische – von Liedern, Parolen und Kurzreden begleitete Demonstration startete um 11:55 auf dem Friesenplatz. Sie fand viel Zuspruch unter der Kölner Bevölkerung. Ab 13 Uhr fand die Abschlusskundgebung auf dem Heumarkt statt, mit rund 10 Rednerinnen und Redner aus dem Spektrum des Bündnisses.

## Redebeitrag von Solidarität International für die Demonstration am 30.7.2016 in Köln

**Liebe Teilnehmer der Demonstration, liebe Passanten,**

im Namen von Solidarität International möchte ich euch von unseren Mitgliedern herzliche Grüße ausrichten. Wir begrüßen es sehr, dass diese Demonstration zustande gekommen ist. Sie setzt ein Zeichen der fortschrittlichen, antifaschistischen, revolutionären und internationalistischen Kräfte gegen die Entwicklung hin zu einer faschistischen Diktatur in der Türkei.

Solidarität International feiert in diesem Jahr sein 20 jähriges Bestehen und seit unserer Gründung haben wir fortschrittliche und revolutionäre Kräfte aus der Türkei und Kurdistan unterstützt. Es bestehen viele freundschaftliche Beziehungen zur Arbeiter- und Volksbewegung in der Türkei. Wir sind solidarisch mit den kurdischen und türkischen politischen Gefangenen in Deutschland, die hier in Deutschland auf Ersuchen der Erdogan-Regierung angeklagt werden. Das ist ein Skandal und zeigt, wie die deutsche Regierung diese Politik direkt unterstützt.

Sofortige Abschaffung des § 129 a und b !

Ausnahmestand, Verhaftungen und Säuberungen sowie die Einführung der Todesstrafe – angeblich, weil das Volk das fordert. Das ist übelste Demagogie. Es ist notwendig, dass sich

die antifaschistischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenschließen. Statt Milliarden an die Erdogan-Regierung auszugeben, muss jegliche Unterstützung und Aufwertung für Erdogan durch die Regierungen eingestellt werden. Wir unterstützen den Kampf um Freiheit und Demokratie in der Türkei.

Sofortiger Stopp jeglicher Zahlungen und sonstiger Unterstützung an die türkische Regierung !

Wer wirklich Fluchtursachen bekämpfen will, muss Leute wie Erdogan bekämpfen. Die türkische Regierung unter seiner Präsidentschaft unterstützte und unterstützt den faschistischen IS in Syrien, blockiert jegliche Hilfslieferungen nach Rojava/ in die nordsyrischen Gebiete, die von den Kruden befreit wurden und bombardiert weiter kurdische Stellungen im Irak und teilweise auch in Rojava. Berichte darüber führen dazu, dass fortschrittliche Journalisten verhaftet, Zeitungen geschlossen werden.

Solidarität mit dem Kampf um Freiheit und Demokratie in der Türkei !

Solidarität International ist eine Organisation, die gerechte Kämpfe weltweit unterstützt, die den Zusammenschluss über Ländergrenzen hinweg

fördert und die mit Spendenkonten und Spendensammlungen, Übersetzerarbeit, Information über die Situation in anderen Ländern usw. für den Zusammenhalt und Zusammenschluss über Ländergrenzen hinweg arbeitet. Solidarität International ist überparteilich, international zusammengesetzt und antifaschistisch. SI führt Spendenkonten wie z.B. für das „Haus der Solidarität“ in Truckenthal und das Gesundheitszentrum in Kobanê. Das sind Projekte, die den Wiederaufbau und dem Kampf um Selbstbestimmung und Selbstbefreiung dienen.

Informiert euch und werdet Mitglied in Solidarität International!

**Hoch die internationale Solidarität!**

# Solidarität International im Tattoo Studio aber nicht zum tätowieren..... sondern zum informieren!!!

**Am 26. August feierte Cribu's Tattoo Circus, mit dem die SI-Ortsgruppe aus Hall in der Vergangenheit auch schon Bilderversteigerungen für SI-Projekte gemacht hat, sein 10-jähriges Jubiläum.**

Neben Vergnügungen wie Glücksrad und Kindertattoos hatten die Kunden des Studios die Gelegenheit, sich über SI zu informieren und das Projekt „Plantamonte“, das die Schwäbisch Haller Ortsgruppe in Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Umweltorganisation „Canto Vivo“ aus Peru, unterstützt, kennen zu lernen.

Bei gefühlten 40°C bot SI „Papas a la Huancaína“ – einen peruanischen Kartoffelsnack- sowie gekühlte Getränke an und sammelte Spenden für Canto Vivo. Der Erlös, besonders das

Spendenergebnis, war im Verhältnis zu den Besucherzahlen an diesem heißen Nachmittag mehr als zufrieden stellend und sprach für das Interesse, das die Arbeit von Solidarität wecken kann, wenn der äußere Rahmen stimmt.

Allerdings kam es der Haller OG in erster Linie nicht auf den finanziellen Erlös dieser Aktion an. Vielmehr ging es darum, neue Wege zu beschreiten, um v.a. auch jüngere Menschen über die Arbeit von SI zu informieren und natürlich auch für Mitgliedschaften zu interessieren.

Ein neues Mitglied konnte zwar nicht gewonnen werden, doch gab es zahlreiche, gute Gespräche und auch Infomaterial konnte an Leute weiter gegeben werden, die wir mit Info Ständen, die in Hall i.d.R. samstags vormittags statt finden, nicht erreichen.

Die Schwäbisch Haller OG möchte die Verbindungen zum Tattoo Studio weiter nutzen und plant weitere, gemeinsame Aktionen, sobald es Gelegenheit gibt.

Außerdem sind weitere Aktionen in der Öffentlichkeit geplant, die – sagen wir es mal ganz lapidar- zum „Haller-Anti-Aging-Programm für SI“ beitragen sollen ...

## Schwäbisch Hall feiert 20 Jahre Solidarität International e. V.

**Mit etwa 40 Gästen feierte die Haller OG am Samstag, den 30. Juli das 20 – jährige Bestehen mit einem fröhlichen Fest. Dank der vielen Helfer gab es zu Beginn ein vielfältiges Büffet mit Gerichten aus aller Welt wie zum Beispiel Maisbrot aus Tschechien, Couscousalat aus Marokko, Hähnchenbrust in Erdnussauce aus dem Kongo. Im Anschluss genossen die Besucher einen Streifzug in Bild und Musik durch die letzten 20 Jahre der Haller Ortsgruppe, natürlich auch mit Ausblick auf die nächsten Jahre.**

Abgerundet wurde das Programm mit Livemusik der Liedermacher Pit Bäuml und Joe Schweitzer aus Heilbronn, lyrischen Beiträgen und einem interaktiven Theater, das sich mit dem Thema der zwischenmenschlichen Verständigung mit fremden Kulturen beschäftigte. In der Festrede wurde unter anderem betont, wie immens wichtig ein internationaler Zusammenschluss ist, um sich z. Bsp. gegen Massenentlassungen, Niedriglöhne, Umweltzerstörung usw. auf internationaler Ebene gemeinsam zu wehren. Der Erlös des Abends von über 800 € wurde für den Ausbau des „Hauses der Solidarität“ in Truckenthal/Thüringen gespendet.

## In Sachen BDV Übernachtungen gesucht

Inzwischen kommt die Bundesdelegiertenversammlung (BDV) mit Riesenschritten näher. Dabei gibt es für das Vorbereitungsteam so einige Hürden zu nehmen. Eine davon ist die Unterbringung der Teilnehmer der BDV. Aber wir sind sicher, diese mit eurer tatkräftigen Hilfe zu meistern. Geplant war, die meisten Teilnehmer in der Jugendherberge unterzubringen. Leider ist sie aber im November wegen Baumaßnahmen geschlossen. Da die Suche und Anmietung vieler Einzelunterkünfte, Ferienappartement etc. ein sehr großer zeitlicher Aufwand für die Vorbereitungsgruppe ist, bitten wir euch alle, dass ihr euch selber um eine Unterkunft kümmert. Wir empfehlen euch, als Gruppe zu suchen, dann ist euer Aufwand dafür auch begrenzt. Günstige Unterkünfte findet ihr z. Bsp. unter [www.wimdu.de/Kassel](http://www.wimdu.de/Kassel). 1 Übernachtung gibt es für ca. 25 €. Eine weitere Internetseite ist [www.gloveler.de/uebernachten-in/Baunatal/1404339](http://www.gloveler.de/uebernachten-in/Baunatal/1404339) Über diese Internetseite sind auch verschiedene Unterkünfte in Kassel und Baunatal (ca. 4 km südlich des Tagungsortes) zu finden bei Preisen ab 17 €.

Für Leute, die wenig Geld haben, gibt es eine Bettenbörse. Bedenkt aber, dass hier nur eine begrenzte Anzahl an Betten zur Verfügung stehen.

Wir bedanken uns jetzt schon für eure Unterstützung.

**Euer Bundesvertretung Euer Bundesvertretung**

# Nürnberger Montags-Demonstranten: Zwölf Jahre Zorn

Sie kämpfen gegen Hartz IV und Sozialabbau - Fast 600 Kundgebungen

**NÜRNBERG - Seit zwölf Jahren gehen sie (fast) jeden Montag auf die Straße. Knapp 600 Mal haben sie bereits eine „Montags-Demo“ veranstaltet. Ihre Motivation: der Kampf gegen Hartz IV und die Agenda 2010. Wir haben die „Nürnberger Initiative gegen Hartz IV und Sozialabbau“ bei ihrer Jubiläums-Kundgebung besucht.**



Sie lassen nicht locker: Immer wieder montags treffen sich vor der Lorenzkirche in Nürnberg Gegner der Hartz-IV-Reform, um für die Abschaffung zu demonstrieren. © Stefan Hippel

Am 16. August 2004 startete die erste Montags-Demo in Nürnberg. Über 1000 Teilnehmer zogen durch die Fußgängerzone. Sie protestierten gegen die Gesetze der rot-grünen Koalition in Berlin. Bundesweit gingen sogar über eine Million Menschen auf die Straße. Ihr Zorn richtete sich vor allem gegen Kanzler Gerhard Schröder. Und seine „Agenda 2010“, deren Hauptbestandteil die Hartz-IV-Gesetze waren.

Genutzt hat es nichts. Der gewaltige Eingriff in die Sozialgesetzgebung konnte auf der Straße nicht gestoppt werden. Er treibt daher bis heute viele Montags-Demonstranten um. In über 80 deutschen Städten gehen sie noch regelmäßig auf die Straße. Nur sind es längst nicht mehr 1000 und mehr. Zwischen 25 und 50 Teilnehmer kommen in Nürnberg aber immer noch zusammen, um ihrem Zorn Luft zu machen.

„Wir finden uns damit nicht ab“.

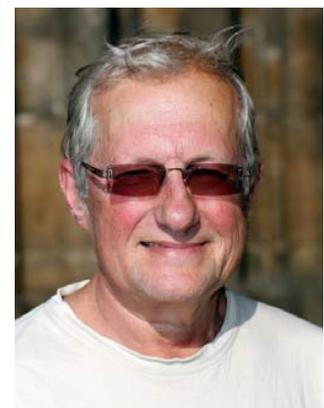
sagt Johannes Rupprecht klipp und klar. Damit erklärt der frühere Chemiefacharbeiter auch, weshalb er seit der ersten Stunde und auch nach zwölf Jahren noch montags zur Demo aufruft und in zwölf Jahren sind so schon fast 600 Demos zusammengekommen. Fällt der Tag auf einen Feiertag, machen Montags-Demonstranten schon auch mal Pause. „Doch Ostermontag zum Beispiel schließen wir uns immer den Ostermärschen an“, betont Rupprecht.

Er erinnert sich noch an die Anfangszeiten. „Damals haben uns Arbeitslose gefragt: ‚Warum macht ihr das nicht in Nürnberg?‘ Da gab es etwa in Magdeburg oder Berlin schon Montags-Demos“, erklärt der Gewerkschafter. Vom DGB und den Einzelgewerkschaften habe es damals keine Unterstützung gegeben, ärgert Rupprecht sich noch heute.

Die SPD habe damals versucht, die Montags-Demos in der ganzen Republik wieder auszubremsen. Rupprecht, der in Nürnberg schon als Bundestagskandidat für die Marxistisch-Leninistische Partei

Deutschlands (MLPD) angetreten ist, vermutet noch heute eine Verschwörung der sozialdemokratischen Gründerväter der Hartz-IV-Reformen. Fest steht: Bekommen ist der SPD die Reform nicht. In Scharen haben sich Wähler, Gewerkschafter und Mitglieder von der Partei abgewandt. Erholt hat sich die SPD bis heute nicht.

Einer der Montags-Demonstranten, der die Reform nach wie vor für falsch hält, seiner Partei (der SPD) dennoch auch nach 50 Jahren nicht den Rücken gekehrt hat, ist Horst Eckhardt. Der frühere Stadtrat in Fürth kommt regelmäßig nach Nürnberg. Was ihn empört? „Die Leute müssen ihre Versicherungen auflösen, ehe sie Hartz IV bekommen“, das regt ihn zum Beispiel auf. Oder dass die Arbeitgeber die steigenden Krankenkassenbeiträge längst nicht mehr paritätisch mitbezahlen.



Seit der ersten Stunde dabei ist Johannes Rupprecht  
© StefanHippel

„Die SPD war einmal eine Partei der Arbeiter und der kleinen Geschäftsleute wie Metzger, Friseure, Bäcker“, sagt Eckardt. Davon sei sie ein Stück weit entfernt mittlerweile. „Ich melde mich zu Wort, halte nicht hinter dem Berg mit meiner Meinung“, betont der altgediente Sozialdemokrat. Und hat, wie so viele Montags-Demonstranten, immer noch die Hoffnung, „dass sich vielleicht ja doch noch etwas ändert“.

Vorbild für andere

Horst Eckardt schätzt an den montäglichen Veranstaltungen, dass sie überparteilich sind. Das erklärt vielleicht auch, dass sich der Protest längst nicht mehr „nur“ auf Hartz IV und die Folgen konzentriert. Es geht um viele sozialpolitische Themen wie gleiche Bezahlung, die volle Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammebelegschaft, die Rücknahme der Rente mit 67 oder — lange Zeit — den Mindestlohn. „Den haben wir miterkämpft“, ist Johannes Rupprecht überzeugt. Nur reicht ihm der aktuelle Satz von 8,50 Euro (ab 2017 8,84 Euro) bei weitem nicht aus. „Es müssten mindestens 12 Euro sein.“



Auch Horst Eckardt hält nichts von Hartz IV.  
© Stefan Hippel

Laut Rupprecht ist die Montags-Demo aber auch Vorbild für viele andere Demonstrationen, sei es gegen Atomkraft oder Stellenabbau in der Region. Auch in anderen Ländern, etwa Griechenland oder Frankreich, habe sich das Modell etabliert. Rupprecht betont, dass auch das „Offene Mikrofon“ viele Demonstranten animiere, in Nürnberg teilzunehmen.

So wie Woody van Eb. Der Niederländer hat sich durch die Demos und aktuelle Themen zu mittlerweile 500 Gedichten animieren lassen. Er trägt sie immer über das Mikro vor. Es geht um Alters- und Kinderarmut, Atomkraft, den hohen Verdienst von Abgeordneten und eben um Hartz IV.

Am nächsten Montag um 17.30 Uhr geht es wieder weiter an der Lorenzkirche in Nürnberg.

<http://www.nordbayern.de/region/nuernberg/nurnberger-montags-demonstranten-zwölf-jahre-zorn-1.5421185#kommentar-start>

# Antikriegstag in Schwäbisch Hall

Auf der Demonstration am 2. September wurden 200 Teilnehmer gezählt, für Schwäbisch Hall ein großer Erfolg. Etwas Neues und Besonderes war die Beteiligung von etwa 50 Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern. Aufgerufen und Regie geführt hat der DGB, als Unterstützer traten eine Vielzahl verschiedener Organisationen u. a. SI und Parteien auf.

Siegfried Hubele vom DGB kritisierte, dass vom Adolf-Würth-Airport in Schwäbisch Hall bis zu 80 (militärische) Transallmaschinen landen und starten. Ein Redebeitrag am offenen Mikrofon griff scharf den Einmarsch der Türkei in Syrien an und verteidigte Rojava. Er erhielt sehr viel Beifall.



## Erklärung der Bundesvertretung von Solidarität International (SI) e.V. zum Antikriegstag 2016

**Der 1. September ist mehr als ein Gedenktag an die ca. 60 Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben ließen und dessen Jahrestag sich dieses Jahr zum 77. Mal jährt.**

Angesichts wachsender Krisenherde, der Verfolgung und Unterdrückung von Millionen Menschen, ist nach Schätzungen des Flüchtlingswerkes der Vereinten Nationen jeder 5. Erdbewohner auf der Flucht. Krieg, Hunger, Unterdrückung, Folter, Vergewaltigung, Umweltkatastrophen, Verfolgung Andersdenkender und sexuell verschiedener Menschen sind dabei die hauptsächlichen Fluchtgründe.

Die Vision einer Welt, wo „... die Schätze der Erde, des Wassers und der Lüfte denen gehören, die sie durch ihre Arbeit erschließen, damit sie eingesetzt werden können für ein reiches, würdevolles und gesundes Leben aller Menschen – ohne Aus-

beutung und Unterdrückung“ (Schlussresolution der 1. Internationalen Bergarbeiterkonferenz, Peru) ist zum Greifen nah, doch die menschenverachtende Politik der internationalen Konzerne, ihrer Regierungen und Instrumente hat weltweit Millionen Menschen ihre Lebensgrundlagen entzogen.

Statt Fluchtursachen zu bekämpfen und die Menschen im Kampf für Selbstbestimmung und Selbstbefreiung zu unterstützen, setzen die Regierungen in Europa auf verstärkte Waffenexporte, Abschottung der Außengrenzen und Flüchtlingskontingente, selektieren in „Flüchtlinge“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“. Zudem

dürfen Kräfte wie die AfD hier in Deutschland ihren Rassismus und eine dumpfe Angst vor allem Fremden verbreiten.

Der Protest dagegen, sowie die Hilfsbereitschaft und tatkräftige Unterstützung der Flüchtlinge sind dennoch ungebrochen. Tausende von ehrenamtlichen Helfern leben vor, dass kein Mensch etwas für seine Herkunft kann, dass jeder ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben und eine positive Perspektive hat.

**Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen heißt den Kampf gegen rassistisch und faschistisch motivierte Angriffe zu verstärken und Solidarität mit Betroffenen zu praktizieren!**  
**Wir sprechen uns gegen jeglichen Faschismus aus ob in Deutschland, in der Türkei oder anderswo!**

Damit Flüchtlinge in der Gesellschaft Fuß fassen, ein selbst bestimmtes Leben führen und sich für ihre eigenen Interessen einsetzen können, müssen sie würdig behandelt und untergebracht werden.

**Gleiche Rechte und Pflichten für alle ist Grundvoraussetzung für ein demokratisches Miteinander !**

## Solidarität und Hilfe mit Perspektive

Unterbringung von Flüchtlingen: Männer, Frauen, Kinder, Alleinstehende und Familien jedweder Nationalität und Religion sind auf engstem Raum gemeinsam untergebracht, oft ohne jegliche Privatsphäre. Konflikte sind so vorprogrammiert! Auf engstem Raum mit 3,5 qm pro Person! Ein Hund hat Anspruch auf mindestens 6 qm!

Eine ganz andere Perspektive bietet das „Haus der Solidarität“ im thüringischen Truckenthal. Mit hunderten freiwilligen Helfern wird hier ein altes Gebäude mit syrischen Flüchtlingen aus dem benachbarten Suhl aus- und umgebaut. In Zukunft werden dort 150 kurdische und syrische Asylsuchende und ihre Familien eine menschenwürdige Unterkunft finden. Hier entsteht eine Gemeinschaft, die selbst organisiert ist (z.B. über einen gewählten Flüchtlingsrat) und enge Verbindungen mit der Bevölkerung pflegt, sowie gemeinsam und selbst bestimmt mit ihnen den Kampf um ihre Anliegen organisiert.

Spenden für dieses Projekt bitte unter dem Stichwort „Haus der Solidarität“ auf das Spendenkonto von Solidarität International bei der Frankfurter Volksbank  
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFBDE333

Wer wirklich Fluchtursachen bekämpfen will, muss Leute wie Erdogan und seine Politik bekämpfen. Die türkische Regierung unter seiner Präsidentschaft unterstützte und unterstützt den IS in Syrien, blockiert jegliche Hilfslieferungen nach Rojava und die nordsyrischen Gebiete, die von den Milizen der Kurden befreit wurden und bombardiert weiter kurdische Stellungen im Irak. Berichte darüber führen dazu, dass fortschrittliche Journalisten verhaftet und Zeitungen geschlossen werden. SI unterstützt den Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte. Statt Milliarden an die Erdogan-Regierung auszuzahlen, die schnelle Schritte hin zur Installation eines faschistischen Systems in der Türkei unternimmt, muss jegliche Unterstützung und Aufwertung für Erdogan durch die Regierungen eingestellt werden ! Die politischen Gefangenen der Aktivisten von ATIK, denen seit dem 17. Juni in München der Prozess gemacht wird, brauchen unsere Solidarität. Ihr Kampf um Freiheit und Demokratie wird auf Ersuchen Erdogans und mit Hilfe der deutschen Gesetze über die Paragraphen 129 a und b dem von Terroristen gleichgesetzt. Deshalb:

**Solidarität mit dem Kampf um Freiheit und Demokratie in der Türkei !**

**Solidarität mit den 20 türkischen und kurdischen Gefangenen in Deutschland !**

**SI unterstützt die Forderung nach sofortigem Stopp jeglicher Zahlungen, Waffenlieferungen und sonstiger Unterstützung an die türkische Regierung !**

## Erdogan auf dem Weg zur Errichtung einer faschistischen Diktatur

Zehntausende von Menschen sind bereits aus dem Militär-, Staats- und Bildungsapparat nach lange vorbereiteten Listen entfernt worden, wurden verhaftet und eingesperrt. Ein Klima der Angst vor weiterer Verfolgung und Folter verbreitet sich. Umso wichtiger wird die internationale Solidarität.

„In dieser Situation stehen wir an der Seite der Revolutionäre, der Arbeiter, der kämpferischen Frauenbewegung, der Umweltbewegung und aller demokraten in der Türkei. Wir sind solidarisch mit ihrem Kampf gegen die faschistische Diktatur, für Freiheit und Demokratie, dem Kampf um soziale Befreiung, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.“ (Zitat aus der Resolution des Bündnistreffens verschiedenster Organisationen vom 23.7.16) Diese Resolution wurde inzwischen auch von der Bundesvertretung SI unterzeichnet und kann unter [www.solidaritaet-international.de](http://www.solidaritaet-international.de) im ganzen Wortlaut gelesen werden.

## 20 Jahre SI – Solidarität und Hilfe mit Perspektive

SI steht seit seiner Gründung auf der Seite der weltweiten Kämpfe für Selbstbestimmung und Selbstbefreiung und organisiert mit Partnern gegenseitige und gleichberechtigte Solidarität und Hilfe. Streiks gegen Lohnabbau und Entlassungen in den Industriezentren, bewaffnete Aufstände und Bewegungen der Ureinwohner um den Erhalt ihres Lebensraums und ihrer Kultur, Massenbewegungen gegen Rassismus und Neofaschismus, für Frieden und Völkerfreundschaft oder internationale Aktionen für den Erhalt der Lebensgrundlagen der ganzen Menschheit – all das unterstützt SI mit Aktionen, einer eigenen kompetenten Sprachengruppe, Information und Spenden. So gingen z.B. für den Aufbau des Gesundheitszentrums in Kobanê/Rojava über 350.000 € ein.

SI ist eine Solidaritäts- und Hilfsorganisation, die unabhängig ist von Institutionen, Kirchen, Parteien; überparteilich, demokratisch und finanziell unabhängig und dabei auf internationaler Ebene arbeitet.

Jede/r – egal welcher Konfession, politischer Ansicht und Lebensweise er/sie ist, kann Mitglied werden. „(Jedoch haben) rassistische, nationalistische, neofaschistische und chauvinistische Kräfte (...) keinen Platz in SI“. (Zitiert aus dem Programm von SI).

Der Mitgliedsbeitrag von mindestens 18 € jährlich ist eine Dauerspende für diesen kämpferischen Internationalismus von SI und hilft Solidarität und Hilfe mit Perspektive zu entwickeln.

Weitere Informationen zur Arbeit von SI und zur Mitgliedschaft in SI unter: [www.solidaritaet-international.de](http://www.solidaritaet-international.de)

**V.i.S.d.P.: SI, Grabenstraße 89, 47057 Duisburg**



# Deutsch-Philippinische Freunde e.V. & KAPATIRAN



## 20 Jahre Deutsch-Philippinische Freundschaft! Werdet Mitglied im DPF!

**Am 21.9.1996 wurde der Deutsch-Philippinische Freundschaftsverein DPF e.V. als ein gemeinsames Pilot-Projekt von Solidarität International e.V. und Bayan International in Gelsenkirchen gegründet. 2 Jahre danach folgte die Gründung von Kapatiran, dem philippinisch-deutschen Freundschaftsverein - unser philippinischer Zwilling.**



DPF-Besuch auf der Mitgliederversammlung Kapatiran 2004

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, gemeinsam etwas Neues in der Solidaritätsarbeit zu verwirklichen: gegenseitige Solidarität und Freundschaft zu entwickeln, die sich auf die Unterstützung von Kämpfen in beiden Ländern bezieht und offen ist für den Kampf um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Das wurde in diesen 20 Jahren lebendig und erfolgreich umgesetzt. Es entstanden Hunderte neuer Freundschaften. DPF und Kapatiran organisieren regelmäßig Reisen in die Philippinen und den Besuch von Gästen aus den Philippinen nach Deutschland zum Erfahrungsaustausch. In Deutschland engagierten sich Tausende Menschen, um Hilfe zu leisten nach dem verheerenden Supertafun Haiyan. Über den DPF kam diese Hilfe auch wirklich an. Wir tauschen regelmäßig Information mit unseren Freunden und Partnern aus.

Wir berichten seit 20 Jahren alle drei Monate mit unserem Rundbrief für Freunde und Mitglieder und das Magazin von Solidarität International „Pintig – Am Puls der Zeit“ über wichtige Ereignisse in beiden Ländern. Unsere Webseite wird viel gelesen, auch dank vieler aktueller Artikel unseres Vorstandsmitglieds Dr. Rainer Werning. Wir unterstützten den Kampf für politisches Asyl von Jose Maria Sison und Jose Luneta und lassen uns von antikommunistischer Ausgrenzung nicht einschüchtern. Wir organisieren kontinuierlich konkrete Lebenshilfe für unsere Freunde und Partner der kämpferischen Opposition über Kapatiran: Bei Arbeitskämpfen von der Gewerkschaft KAMU, ( Kilusang Mayo Uno), für Frauen vom kämpferischen

Frauenverband Gabriela, für Bergarbeiter und ihre Familien in den Cordilleren von der CPA (Cordillera People's Alliance), für die Arbeitslosenbewegung Defend Jobs. Mit zahlreichen politischen Gefangenen haben wir Briefpatenschaften und unterstützen sie auch finanziell. Der Beitrag der politischen Gefangenen ist, dass sie im Gefängnis Kunsthandwerk für den DPF zum Verkauf in Deutschland herstellen. Die entlassenen Arbeiter von Toyota Philippinen zeigten sich jahrelang solidarisch mit den kämpfenden Opelarbeitern. Unsere philippinische Besucher sprechen engagiert auf Montagsdemonstrationen und sind bei fast allen Pfingstjugendtreffen, Automobilarbeiter - und Frauenpolitischen Ratschlägen dabei.

Der DPF hat im Lauf der Jahre Sachspenden im Wert von über 1 Million Euro in Balik Bayan Boxen verschickt zur Unterstützung des Lebens und der Kämpfe unserer Freunde. (Medikamente, Kleidung etc.)



Ein Dankeschön für die Spenden

Angesichts zunehmender lokaler Umweltkatastrophen ist der Umweltschutz auch in den Philippinen breiteres Thema. Umso erfreulicher ist, dass das Buch „Katastrophenalarm – was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur“ auch in den Philippinen gedruckt werden soll und bereits auf großes Interesse stieß. Mitglied beim DPF zu sein ist für jeden und die internationale Solidarität eine Bereicherung. Hier kann man Mitglied oder Briefpate werden: [www.dp-freunde.de](http://www.dp-freunde.de)



DPF-Stand auf dem Sommerfest mit der Umweltgewerkschaft im August 2016

**Infos und Kontakt: DPF e.V. Kölner Str. 355 - 40227 Düsseldorf - Tel. 0211/771610**

**DPF e.V. Karlstr. 35 - 40764 Langenfeld • Tel. 02173-18266 (Fax -17568)**

**[www.dp-freunde.de](http://www.dp-freunde.de) • EMail : [vorstand@dp-freunde.de](mailto:vorstand@dp-freunde.de)**

**Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE33**

# Bericht der SI-Ortsgruppe Tübingen/Reutlingen über zwei unterschiedliche Flüchtlingscamps/Lesbos



## Erster Eindruck vom größten EU-Hotspot in Griechenland: Mauern und hoher Stacheldrahtzaun.

Ein Polizeibus steht einsatzbereit und Polizisten überwachen ständig das Lager. Hier werden die Flüchtlinge registriert. Die Gegend ist öde, ein ehemaliges Militärgelände circa 10km von der Hauptstadt Mytilene entfernt.

Am Eingang werden wir mit unserer Anfrage schroff abgewiesen. Aber von griechischen Arbeitern bekommen wir Informationen. Wir unterhalten uns durch ein Loch im Zaun im hinteren Bereich der Anlage. Nach ihren Angaben gibt es circa 3500 Flüchtlinge. Durch das Loch im Zaun kann man ein- und ausgehen. Es gibt Containerhäuser und viele Zelte. Was im Winter passiert, ist unklar. Die meisten Flüchtlinge sind aus Afghanistan, Pakistan, Afrika. Alle bekommen zu essen, aber auch die Kinder müssen Schlange stehen. Geld ist im Umlauf berichten die Arbeiter. Von wem, woher, ist unklar. Es gibt auch Mafiasstrukturen und sexuell ausgebeutete, unterdrückte Frauen. Nachts hört man Schreie. Aber niemand weiß was Genaues.

Die Menschen sind zur Passivität verurteilt. So wollen viele den Putzleuten helfen, andere kümmern sich gar nicht um Sauberkeit. Die meisten Flüchtlinge sind freundliche Leute; aber die schlechten Lebensbedingungen und Perspektivlosigkeit schlagen bei manchen auch in Aggressivität um.

Nach offiziellen Informationen gab es vor kurzem eine brutale Schlägerei mit vielen verletzten Jugendlichen, auch mit verletzten Kindern. 40 Jugendliche sind danach spurlos verschwunden.

Ende April gab es einen Aufstand für Freiheit im Hotspot Moria. Erreicht wurde, dass Flüchtlinge jetzt das Lager tagsüber mit einem offiziellen Passierschein verlassen dürfen. Es gibt 3 Kioske, wo man auch essen und trinken kann.

Viele Menschen sind im Hotspot tätig, auch von internationalen Hilfsorganisationen. Rund um den Hotspot stehen Autos und einige Taxis. Die öffentlichen Busse, die wir gesehen haben, sind leer. Manche Flüchtlinge sind im ein paar Kilometer entfernten Nachbarort Moria auf der Straße zu Fuß unterwegs.

Danach besuchen wir das Camp Kara-Tepe, in der Nähe der Stadt. Es wurde vor einem Jahr gegründet unter der Verantwortung der Gemeinde Mytilene.

Alle werden am Eingang des Camps freundlich begrüßt. Hier stehen Angestellte für ein Gespräch, speziell für die Flüchtlinge, ständig zur Verfügung. Auch freiwillige Helfer/innen oder Beschäftigte der internationalen Hilfsorganisationen findet man in der Nähe des Eingangs. Sie sitzen gemütlich im Schatten oder beraten sich. Es gibt dort 3 Cafe-Kioske. Wir stellen uns am Eingang vor als Mitglieder von „Solidarität International“/ Deutschland mit unserem SI- Logo auf dem T-Shirt. Mit dem viel beschäftigten Leiter des Camps dürfen wir nach einigen Stunden Wartezeit ein Interview machen: In Kara-Tepe arbeiten einige Angestellte der Stadt, aber auch internationale Hilfsorganisationen und freiwillige Helfer/innen, auch Flüchtlinge packen mit an.

Menschen werden aufgenommen, die dringend Hilfe brauchen. Alle sind willkommen -legal oder illegal- nach der Devise: es sind Menschen, die ein Recht auf menschliche Behandlung haben.

Der Schutz der Flüchtlinge hat hohen Stellenwert. Konflikte, die auch hier nicht ausbleiben, werden mit Unterstützung der Angestellten gelöst. Kriminelle müssen das Camp verlassen. Ein Teil des Geländes ist speziell für Frauen und Kinder vorgesehen.

Finanziell unterstützt wird die Initiative „Mensch“ von humanitären internationalen Hilfsorganisationen und der Stadt Mytilene. Der Leiter weist ständig Aktivitäten nach, um Zuschüsse zu bekommen zur weiteren Verbesserung der Lage.

Zur Zeit gibt es etwa 1000 Flüchtlinge. Sie leben in Dörfern, aufgeteilt nach verschiedenen Nationen, die ihre eigene Kultur pflegen. Es gibt kleine Häuser (Fertigbau), keine Zelte. In jedem Haus wohnt eine Familie.

Täglich wird gesundes Essen geliefert und ohne Warteschlangen verteilt. In den Dörfern wird das Frühstück selbst zu bereitet. Manche Flüchtlinge kochen auch alleine. In Zukunft sollen alle Mahlzeiten von den Bewohnern des Camps selbst zentral zubereitet werden.

Jeder/Jede Bewohner/in hat eigene Bedürfnisse und bekommt eine Geldkarte mit der er/sie über einen bestimmten Geldbetrag verfügt.

Kinder werden von 9<sup>00</sup>-21<sup>00</sup> betreut, außer Sonntags. Sie werden in ihrer Muttersprache unterrichtet und lernen Englisch. Sie bekommen vielfältige kulturelle Angebote. Es gibt Musikunterricht, z.B. Geige usw.

Auch für Erwachsene gibt es Angebote: Yoga, Breakdance und Gymnastik für Frauen, aber auch Gymnastik für Männer.

Auf dem Camp gibt es täglich Kino, und immer wieder auch ein Theaterstück, auch von Kindern selbst aufgeführt. Es gibt Geburtstagspartys. In und außerhalb des Camps gibt es Feste.

Kinder werden täglich zum Meer gefahren, um schwimmen zu lernen und traumatische Erfahrungen besser zu verarbeiten. Für Erwachsene gibt es entsprechende Veranstaltungen zum Thema "Meer", das von vielen Flüchtlingen als Feind betrachtet wird. Sie sollen das Meer auch von seiner guten Seite kennenlernen, das Länder und Menschen verbindet.

Wir schenken dem Leiter Stavros unseren SI-Anstecker als kleines Dankeschön für das Gespräch, das er voll Elan und Begeisterung mit uns geführt hat. Er zeigt uns viele Fotos. Eine Perspektive für die Flüchtlinge sieht er nur in der Öffnung der Grenzen nach Europa.

Nach diesem Interview werden wir von einer freundlichen Begleiterin durch das Camp geführt. Sie meint, dass man diese Arbeit nur machen kann, wenn man mit ganzem Herz dabei ist.

Wir haben gesehen: das Büro des Leiters und ein Beschwerdebüro, das Haus der „Ärzte ohne Grenzen“ und Häuser anderer Hilfsorganisationen, ein kleines Amphitheater, eine an den Seiten offene Halle, einen Gemüsegarten, einen Spielplatz, Fertighäuser mit speziellen Angeboten, z.B. einen Technikcontainer. Toiletten und Waschräume nach Geschlechtern getrennt. Leute, die im Zentrum ihrer Dörfer unter Zeltplanen hocken. Einen Kiosk, wo die Bewohner/innen alles Lebensnotwendige umsonst bekommen. Ein öffentliches Solartelefon.

Besonders beeindruckt hat uns ein großes Zelt, das zur Erinnerung an die gefährliche Flucht aus Resten von Flüchtlingsbooten gefertigt wurde. Auf einem großen Orientierungsplan sieht man das Camp mit den nummerierten Häusern.

Die Flüchtlinge sind frei, dürfen das Camp jederzeit ohne Passierschein verlassen. Fremde dagegen dürfen das Camp nicht betreten. Wir selbst durften nicht fotografieren zum Schutz der Flüchtlinge.

Lesbos, die Sonneninsel,  
ist eine Reise wert.

In den 3 touristischen Zentren auf Lesbos haben wir kaum Flüchtlinge gesehen. Auf unsere Nachfrage antworteten die Leute, dass der Tourismus aus Europa zurückgegangen ist wegen den schlechten Berichten über Flüchtlingsprobleme auf Lesbos. Sie meinten: Flüchtlinge sind doch auch Menschen, die leben müssen. Am meisten beeindruckt hat uns die Toleranz und Gelassenheit der Lesbieten.



# Sprachenarbeit

Liebe Übersetzerinnen  
und Übersetzer.

**im März hat die Weltfrauenkonferenz erfolgreich in Nepal stattgefunden.**

Viele von euch haben diesen Erfolg und den weiteren Prozess der „Weltfrauen“ mit Übersetzungen tatkräftig unterstützt. Dafür vielen Dank!

Im November stehen jetzt die nächsten Weltfrauenereignisse an, diesmal in Gelsenkirchen, Deutschland. Für alle Termine werden DolmetscherInnen verschiedener Sprachen benötigt. Also schaut in eure Kalender und meldet euch für diese spannenden Events zurück.

Am 5. November wird es eine nationale Frauenversammlung Deutschland geben, Ihre Aufgabe ist vor allem die Rechenschaftslegung deutscher Delegation in Nepal, die Auswertung der Weltfrauenkonferenz und die Beratung von Schlussfolgerungen zur Verwirklichung der Resolution von Kathmandu.

Direkt im Anschluss, am 6. November findet die Europakonferenz der Weltfrauen statt. Auch dort wird die Weltfrauenkonferenz ausgewertet und es werden Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen, sowie neue Europakoordinatorinnen gewählt.

Vom 7.-9. November treffen sich die weltweiten Koordinatorinnen aus den verschiedenen Kontinenten ebenfalls in Gelsenkirchen.

Die genaue Gästeliste steht natürlich leider noch nicht fest, aber die folgenden Sprachen sind angefragt: Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Griechisch, Niederländisch, Gegebenenfalls auch Arabisch, Kurdisch und Türkisch.

Wenn ihr also Zeit und Lust habt diese Veranstaltungen mit eurer Übersetzung zu unterstützen oder weitere Fragen habt, meldet euch baldmöglichst bei:  
[renate.radmacher@online.de](mailto:renate.radmacher@online.de)

Für günstige Übernachtungsplätze wird gesorgt. Zuschüsse zu Fahrt- und Übernachtungskosten können selbstverständlich beantragt werden.

Wir freuen uns von euch zu hören!

Liebe Grüße und hoffentlich bis bald,

**Lena Engelhardt und Renate Radmacher**  
Solidarität International

# Liebe Übersetzer und Dolmetscher von Solidarität International!

## Liebe Freundinnen und Freunde!

Das Sprachenteam von Solidarität International lädt ein zu einer 2-tägigen Ausbildung:

„Übersetzen und Dolmetschen für die 2. Internationale Bergarbeiterkonferenz“ am Wochenende des 22. und 23. Oktober im Ruhrgebiet.

Samstag von 10 bis 18 Uhr im Treff International in Gelsenkirchen-Mitte, Hauptstraße 40. Sonntag von 10 bis 14 Uhr im Bergbaumuseum Bochum

Die Ausbildung dient der Vorbereitung der Dolmetscher, Übersetzer, Betreuer, Anlagentechniker und Sprachenhelfer auf der 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz, die vom 2. bis 5. Februar 2017 in Indien stattfinden wird.

Ein Mitglied der Koordinierungsgruppe der 2.IMC wird den Teilnehmern Einblick in die Ziele der 2. IMC, wesentliche Inhalte und zu erwartende Auseinandersetzungen, Dokumente, Arbeitsmethoden und Ablauf der Konferenz vermitteln. Wir erhalten Einblicke in das Land Indien und den Austragungsort und über Reisemöglichkeiten.

## Schwerpunkte der Übungen umfassen:

- Simultanübersetzung an der Anlage (für Interessierte)
- Gesprächsdolmetschen
- schriftliche Übersetzung
- Vokabelarbeit

Am 2. Tag werden wir beim Besuch des Bergbaumuseums Bochum mit Besichtigung des Untertagebergwerks und des Förderturms unsere Fachkenntnisse erhöhen und das Dolmetschen üben.

Wir hoffen, dass Ihr zur Ausbildung kommt und wir viele von Euch für eine Mitfahrt nach Indien oder als Unterstützer von zu Hause aus, sowie auch für die schriftliche Vor- und Nachbereitung gewinnen.

Wir können einen wichtigen Beitrag zum großen Ziel der 2. IMC leisten, die internationale Koordinierung und Kooperation der kämpferischen Bergarbeiterbewegung voranzubringen. Ein Kernstück der Konferenz wird die Beratung und Verabschiedung eines internationalen Kampfprogramms der Bergleute sein. Auch wichtige Fragen der Arbeit, des Lebens, der Umwelt, der Jugend... sollen ihren Platz haben.

## Meldet eure Teilnahme an:

renate.radmacher@online.de

## Zu den Finanzen:

Teilnahmegebühr: SI-Mitglieder: 10 €/sonst 15 €  
Museumseintritt: 6,50€/3€ ermäßigt  
Umlage für Getränke/Essen (Selbstversorgung).

Bitte gebt auch Bescheid, wenn Ihr allergisch auf bestimmte Lebensmittel seid oder euch vegetarisch oder vegan ernährt.

Ihr könnt selbstverständlich auch Eure eigene Verpflegung mitbringen.

Die Übernachtung soll möglichst selbständig organisiert werden. Meldet euch, wenn Unterstützung gebraucht wird.

## Prinzipien der Übersetzer und Dolmetscher der SI-Sprachengruppe

1. Wir stellen unsere Fähigkeiten in den Dienst der internationalen Solidarität. Wir arbeiten im Auftrag der Veranstalter und auf Grundlage ihrer Beschlüsse und Regeln.
2. Wir arbeiten freiwillig und ehrenamtlich. Aufgaben, die wir übernehmen, erfüllen wir verbindlich und zuverlässig.
3. Wir übersetzen jeden Teilnehmer vollständig, unvoreingenommen und unverfälscht, transportieren die Stimmung und interpretieren nicht. Wir fragen bei Unklarheiten nach, mischen uns aber nicht in die Auseinandersetzung ein. Wir beachten die notwendige Vertraulichkeit.
4. Wir arbeiten im Team und nicht eigenmächtig. Wir treffen uns regelmäßig zur Beratung, helfen uns solidarisch und sind dabei offen für Kritik.
5. Wir bereiten uns inhaltlich und sprachlich gründlich auf das Thema vor.

## ...und noch einige Termine

- |                  |   |
|------------------|---|
| 01./02.10.2016   | BV Sitzung in Kassel  |
| 22./23.10.16     | Sprachenseminar von SI zur 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz           |
| 5.11.16          | Nationale Frauenversammlung, Gelsenkirchen                                    |
| 6.11.16          | Europaversammlung der Weltfrauen, Gelsenkirchen                               |
| 7.-9.11.16       | Treffen der weltweiten Koordinatorinnen der Weltfrauenkonferenz Gelsenkirchen |
| 12./13.11.2016   | Bundesdelegiertenversammlung in Kassel  |
| 04. - 06.01.2017 | Winterfreizeit SI Ostalb in Dinkelsbühl                                       |

## 6. Forum gegen aufgezwungene unnütze Großprojekte in Bayonne

Vom 15. bis 17. Juli 2016 fand in Bayonne/Baskenland/Frankreich das 6. Forum gegen aufgezwungene unnütze Großprojekte statt. Es stand unter dem großen Thema des Klimawandels. Anwesend waren 39 Initiativen, Umweltorganisationen und alternativen Verlagen aus Frankreich, Spanien, Italien, Britannien und Deutschland; die größte Zahl aus dem französischen und spanischen Baskenland. Parteien waren nicht vertreten.

Da wir von SI Stuttgart nur zu zweit waren, sind wir nicht als SI-Mitglieder aufgetreten, aber wir hätten das problemlos tun können; dieses Mal war ATTAC Frankreich mit guten Beiträgen zum Klimawandel und zu TTIP/CETA vertreten. Das Forum fand in einem Kanu-Zentrum am Adour statt; es war mit einfachen Mitteln organisiert und verlief in freundschaftlicher Atmosphäre. Die ehrenamtliche Sprachenarbeit für Französisch, Baskisch, Spanisch und Englisch wurde wieder von Abel / BABELS organisiert.



### Das Forum fand statt

- eine Woche nach dem Widerstandsfestival in Notre Dame des Landes/Bretagne, wo der Widerstand gegen den Flughafenbau nach der „Volksbefragung“ von oben (die natürlich so gemacht war, dass die Flughafengegner verloren) ungebrochen weiter geht,
- zeitgleich mit dem Widerstand in Bure/Lothringen gegen die Auflösung der „ZAD“ (der Besetzung mit einem Zeltorf) zum Baubeginn der unterirdischen Atommüll-Endlagerung und des (ebenfalls dort vorgesehenen) Felslabors,
- während in Rumänien der Widerstand alle Kräfte erfordert, so dass unsere Partner nicht teilnehmen konnten.

Unsere Beiträge der Arbeitsgruppe „Stuttgart 21 ist überall“ waren ein wichtiger Bestandteil: Wir stärkten den Gedanken des unabhängigen unermüden Protestes, vor allem nachdem bei uns in Stuttgart der Bau ja längst begonnen ist; und wir konnten auch gleich das Alterna-

tivprojekt: „Umstieg jetzt“ bekannt machen, das an diesem Wochenende an die Öffentlichkeit ging; es sieht bei sofortigem Stopp des Tiefbahnhofprojekts S 21 und bei Umnutzung der vorhandenen Baustellen eine Einsparung von 5,9 Milliarden € vor.

Die Bewegung gegen aufgezwungene unnütze Großprojekte in Frankreich versteht sich explizit als Umweltbewegung, was bei uns in Stuttgart nach dem Rückzug des BUND aus der Bewegung nicht mehr genügend sichtbar ist.

**„Nach der erneuten Vorstellung der vertretenen Gruppen wurden in den verschiedenen Konferenzen und Workshops schwerpunktmäßig folgende Themen bearbeitet:**

- die Bedeutung der Bewegung gegen die aufgezwungenen und unnützen Großprojekte für den Erhalt der Umwelt und des Klimas
- den Begriff des Gemeinwohls
- Gemeinsamkeit und Kreuzungen des Widerstands
- die Erpressung mit dem Arbeitsplätzen
- gewaltfreie Aktionen
- die fehlende Konsequenz nach der COP 21
- den perfiden Handel mit der so genannten Kompensation umweltschädlicher Übeltaten
- Die Begriffe Legalität (als Deckmantel für verstärkte Repression und Missachtung von Demokratie) und Legitimität (der Enthüllung von Lügen und mafiösen Methoden und des zunehmenden Protests und Widerstands sowie von neuen demokratischen Aktionsformen).“  
(aus der Schlusserklärung)

Zusätzlich legten wir u.a. fest: Wir wollen das Netzwerk erweitern und eine gemeinsame Homepage aufbauen, weitere Foren veranstalten, uns dazwischen europaweit bei Demonstrationen und Aktionen treffen und unseren gemeinsamen Aktionstag Mitte Dezember weiterführen. Wir erklären uns solidarisch mit den Flüchtlingen, wir fordern die Stärkung der Menschenrechte anstatt der Rechte des Privatkapitals, und wir wollen eine unabhängige Bilanz der Erpressung mit Arbeitsplätzen für unnütze Großprojekte erstellen.

Im anschließenden Bericht über das Forum auf der Montagsdemo gegen Stuttgart 21 haben wir betont, dass auch bei uns die Klima- und Umweltfrage und die Verbreitung des Paris-Abkommens der COP 21, auch wenn es unzureichend und in Deutschland noch nicht unterzeichnet ist, stärker einbezogen gehört. Der Redner der nächsten Montagsdemo griff diesen Hinweis sofort auf.

## Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg  
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791  
E-Mail: buero@solidaritaet-international.de  
Internet: www.solidaritaet-international.de  
Bürozeit: Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:  
Axel Kassubek, Umlandstraße 16,  
D-34119 Kassel, Tel. (0049) 0561/31 24 09  
E-Mail: kassu@t-online.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22,  
D-73433 Aalen, Tel. (0049) 073 61/72 52 2  
E-Mail: renete.radmacher@online.de

Jutta Seynsche, Sebastian-Kneipp-Weg 7,  
D-72116 Mössingen, Tel. (0049) 07473/37 82 451  
E-Mail: Jutta-Seynsche@web.de

## Bundesweite und örtliche Kontaktadressen:

**Aalen/Heidenheim:** Christa Fragner-Schneider,  
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen

**Aschaffenburg:** Karin Bergmann,  
Bayernstr. 17, 63739 Aschaffenburg, Tel.: 06021/4385731  
E-Mail: karin.bergmannab@gmail.de

**Berlin:** Martina Wikowski,  
Fritz-Werner-Str. 52b, 12107 Berlin,  
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

**Bochum:** Helga Böttigheimer,  
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,  
E-Mail: c-boettigheimer@versanet.de

**Braunschweig:** Bea Cockburn-Waßmann,  
Geysstraße 14, 38106 Braunschweig,  
Tel. 0531/38933771, E-Mail: batracio\_pe@yahoo.com

**Darmstadt:** Ulrich Klingemeier,  
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel: 06151/1364442

**Dortmund:** Franz Stockert,  
Oesterholzstr. 26, 44145 Dortmund,  
Tel.: 0231/83 73 83, E-Mail: frastock@arcor.de

**Düsseldorf:** Irmela Specht,  
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,  
Tel. 0211/151695, Fax: 0211/151630,  
E-Mail: Gottfried\_Specht@t-online.de

**Duisburg:** SI-Zentrum Duisburg,  
Flurstraße 31, 47057 Duisburg, Tel. 0203/48 57 89 60

E-Mail: Si-Duisburg@web.de  
Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr

**Essen:** Dagmar Arnecke,  
Stenzelstraße 16, 45144 Essen

**Esslingen:**  
Werner Jauernig,  
Turmstraße 2, 73728 Esslingen

**Franken:** Andreas Grünwaldt,  
Gutenbergstraße, 10, 91322 Gräfenberg,  
E-Mail: AndreasGruenwaldt@web.de

**Frankfurt/Main:** Martin Semle,  
Leibnizstr. 36, 60316 Frankfurt, Tel: 0171 4153281  
E-Mail: m.semle@t-online.de

## Konten:

### Alle Konten bei:

Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

### Spendenkonto:

(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)

Nr. 6100 800 584 BLZ 501 900 00

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFVBDEFF

### Beitragskonto:

Nr. 6100 800 576 BLZ 501 900 00

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFVBDEFF



**Gelsenkirchen:** Marlies Schumann,  
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, 0209/202451,  
E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

**Göppingen:** Michael Wist,  
Hauffstr. 22, 73084 Salach, Tel. 07162/9472984  
E-Mail: m.wist@z.zgs.de

**Hamburg:** Christian Kölle,  
Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel. 040/3800936  
E-Mail: solinh@yadoo.com

**Hannover:** Anke Nierstenhöfer,  
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,  
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

**Heidelberg:** Udo Merzinsky,  
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/833506

**Heilbronn:** Dieter Schweizer,  
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,  
Tel. 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

**Kassel:** Hans Roth,  
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel. 0152 272 818 73

**Meinerzhagen:** Albert Schmit,  
Am Sonnenhang 32, 58540 Meinerzhagen, Tel. 02358/790072

**München:** Andrea Dumberger,  
Knorrstraße 91, 80807 München, Tel. 089/6806872

**Nürtingen/Kirchheim-Teck:** Dieter Rupp,  
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

**Oberhausen/Mülheim:** Ingeborg Kasprick,  
Riesenstr. 16, 46145 Oberhausen, Tel. 0208/64 69 28  
E-Mail: IKasprick@t-online.de

**Oldenburg:** Clemens Sauerland,  
Lindenstr. 9A, 26180 Rastede, Tel. 04402/9826-60, Fax: -80  
E-Mail: clemens.sauerland@ewetel.net

**Osnabrück:** Juergen Schoeler,  
Wesereschstrasse 16, 49084 Osnabrück

**Rüsselsheim:** Wolfgang Almeroth,  
Nürnberger Straße 14, 65642 Gustavsburg, Tel. 06134/51786,  
E-Mail: w.almeroth@mail.de

**Saar/Moselle  
für Deutschland:** Helmuth Bohn – Klein,  
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen  
helmut.bohn-klein@t-online.de

**für Frankreich:** Ute Kellert  
Rue de la Chapelle 21  
F- 57410 Bettviller – Hoeling  
ute.kellert@arcor.de

**Schleswig-Holstein:** W. Laub,  
Tel. 03221/2324137, si-sh@arcor.de

**Schwäbisch Hall:** Lilo Röser,  
Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791/8 46 14

**Stuttgart:** Elsbeth Sureau,  
Landhausstr. 51, 70190 Stuttgart,  
Tel. 0711/264113, Fax 0711/3000591, E-Mail: PSureau@t-online.de

**Tübingen:** Ferit Atan,  
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

**Ulm:** Axel Korn,  
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

**Villingen-Schwenningen:** Helmut Kruse-Günter,  
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721 /2068930

## Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von Solidarität International (SI) e.V.

### Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Umlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409, email: kassu@t-online.de

Zuschriften - bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format - an: waltraut.bleher@t-online.de

### Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,  
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

**Auflage:** 1400 Stück

**Layout:** Verena Schulz

**Druck:** Druckerei Neuer Weg GmbH, Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.